



Freie Wähler:
Aiwangers radikale Corona-Wende → Meinung

England:
Eingeschneite können Pub wieder verlassen → Panorama

Geschichte:
75 Jahre Verfassung in Bayern → Bayern



77. Jahrgang, Nr. 278

Mittwoch, 1. Dezember 2021

www.mainpost.de · Preis 2,00 Euro

Kiew warnt vor Putins Truppen

Tausende Soldaten an der Grenze zur Ukraine

KIEW Die Ukraine hat vor einem Nato-Treffen vor einem möglichen Einmarsch Russlands in ihr Land gewarnt. „Im schlimmsten Fall versucht Russland, die Grenzen in Europa mit Gewalt neu zu ziehen, wie es das 2008 in Georgien und 2014 in der Ukraine bereits tat“, sagte Außenminister Dmytro Kuleba am Montag in Kiew. Er nannte die Zahl von angeblich 115 000 Soldaten auf russischem Gebiet an der gemeinsamen Grenze. Was man jetzt sehe, sei „sehr ernst“. Die Außenminister der 30 Nato-Staaten sind am Dienstag zu einer zweitägigen Sitzung in der lettischen Hauptstadt Riga zusammen gekommen. Brisant ist das Treffen auch, weil es das erste Mal ist, dass eine Tagung der Nato-Außenminister in dem direkt an Russland grenzenden Bündnisstaat Lettland organisiert wird. (DPA)

→ Zeitgeschehen



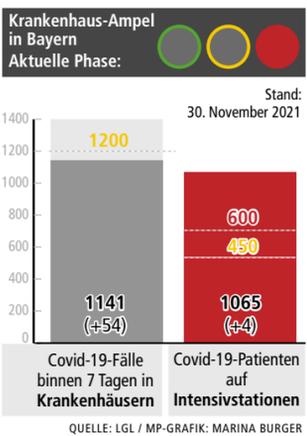
Aids ist auch noch da!

Noch immer erkranken jährlich Tausende Menschen auf der ganzen Welt an Aids. In Deutschland waren es im vergangenen Jahr rund 91 400 Infizierte. Der heutige Welt-Aids-Tag soll daran erinnern, dass Aids nach wie vor eine große Gefahr für die Gesundheit darstellt.

→ Franken

ILLUSTRATION: GETTY IMAGES

Corona-Ticker



Strengere Regeln: Wenn Ampel auf Gelb bzw. Rot oder Sieben-Tage-Inzidenz über 300 und Intensivbetten zu 80 Prozent belegt; ab Inzidenz 1000: Schließung u.a. von Gastronomie, Absage von Veranstaltungen.

Impfprogress: 68,5 Prozent (bundesweit, vollständig geimpft)

Sieben-Tage-Inzidenz:

Stadt Würzburg	421,4	↘
Landkreis Würzburg	304,2	↘
Stadt Schweinfurt	527,0	↘
Landkreis Schweinfurt	650,2	↘
Stadt Aschaffenburg	506,6	↘
Landkreis Aschaffenburg	381,3	↘
Landkreis Main-Spessart	277,0	↘
Landkreis Kitzingen	488,6	↘
Landkreis Rhön-Grabfeld	625,1	↘
Landkreis Miltenberg	408,6	↘
Landkreis Bad Kissingen	454,6	↘
Landkreis Haßberge	735,7	↘
Main-Tauber-Kreis	384,4	↘

Quelle: RKI Stand: 30.11.2021

Anzeigen:

Familienanzeigen Seite 10+11
Veranstaltungen Seite 12

Leser- und Anzeigenservice:
Telefon: (09 31) 60 01 60 01
E-Mail: kundenservice@mainpost.de

Wetter



Weg ist frei für den „Lockdown light“

Erstmals seit Ausbruch der Pandemie gibt das Bundesverfassungsgericht der Politik klare Leitlinien an die Hand. Und schon verschärfen Bund und Länder die Gangart.

Von **STEFAN LANGE**, **CHRISTIAN GRIMM** und **HENRY STERN**

BERLIN Fußball-Bundesliga ohne Zuschauer, eingeschränkter Zutritt zu Geschäften, geschlossene Clubs und noch einiges mehr: Bund und Länder wollen angesichts der dramatischen Corona-Lage wieder deutlich schärfere Maßnahmen erlassen. Das Land soll zwar nicht wie im letzten Winter flächendeckend komplett lahmgelegt werden, die Beschränkungen laufen jedoch auf einen „Lockdown light“ hinaus.

Entsprechende Verabredungen trafen Vertreterinnen und Vertreter von Bund und Ländern am Dienstag bei der Ministerpräsidentenkonferenz mit Kanzlerin Angela Merkel (CDU) und ihrem designierten Nachfolger Olaf Scholz (SPD). Beschlüsse fasste die Runde noch nicht. Dazu ist ein weiteres Treffen im Laufe dieser Woche geplant, dem Vernehmen nach soll es am Donnerstagvormittag stattfinden.

Die künftige Ampel-Koalition musste Federn lassen. Sie hatte frühzeitig das Infektionsschutzgesetz entschärft und beschlossen, die bisher vom Bundestag festgestellte „epidemische Lage von nationaler Tragweite“ nicht zu verlängern. Nun soll das Gesetz entsprechend nachgebessert werden, damit die Länder Maßnahmen wie Abstandsgebote, Aus-

gangs- und Kontaktbeschränkungen, die Untersagung von Sporttrainings und Reisen, Zutrittsverbote und einiges mehr rechtssicher anordnen können. Damit dürfte es wieder zu dem Flickenteppich an Maßnahmen kommen, der schon im letzten Winter zu Verunsicherungen bei den Bürgerinnen und Bürgern führte, weil es in einem Bundesland solche und im Nachbarland andere Bestimmungen gab. In der Schaltkonferenz sei überwiegend sachlich und ruhig diskutiert worden, hieß es aus Teilnehmerkreisen. Allerdings wurden während der Sitzung erneut



Noch nie waren die Grundrechte so massiv eingeschränkt wie in der Corona-Pandemie. FOTO: P.PEUL, DPA

Dinge an die Presse durchgestochen – etwas, was die neue Ampel-Regierung aus SPD, Grünen und FDP eigentlich verhindern wollte.

Die Richtung ist jedoch eindeutig, und sie wird sowohl von der Union in der alten Regierung als auch von der neuen Ampel-Koalition größtenteils mitgetragen: Es soll eine allgemeine Impfpflicht für alle geben, nicht nur für die Beschäftigten von Altenheimen und Krankenhäusern, wie es bereits vereinbart ist.

Details dazu stehen noch aus, die Impfpflicht soll ohne Fraktionszwang vom Bundestag beschlossen werden, wie Scholz anregte. Einzelne Politiker kündigten per Twitter bereits an, einer Impfpflicht nicht zustimmen.

Da eine Impfpflicht die laufende vierte Welle nicht mehr brechen kann, soll dies mit anderen Mitteln erreicht werden. Dazu gehört die Ausweitung der 2G-Regeln auf den Einzelhandel. Zugang haben dann nur noch Genesene und Geimpfte, Supermärkte und andere Geschäfte des täglichen Bedarfs sind ausgenommen. In der Planung ist zudem die Schließung von Bars und Clubs. Die Zuschauerzahl bei Großveranstaltungen soll reduziert werden.

Der bayerische Ministerpräsident Markus Söder warnte nach dem Treffen vor nachlassender Wachsamkeit. Auf Bayern kommen weitere Verschärfungen der Corona-Vorgaben

zu. So soll künftig auch der Einzelhandel nur noch für Geimpfte und Genesene zugänglich sein. Supermärkte und weitere Läden zur „Deckung des alltäglichen Bedarfs“ sollen von der Beschränkung ausgenommen sein. Zugleich kündigte er mindestens für Bayern an, dass es bis zum Jahresende nur noch Geisterspiele ohne Zuschauer in der Fußball-Bundesliga geben soll.

Derweil mehrten sich aus den Parteien Forderungen nach einer Verlängerung der Weihnachtsferien, um die Schülerinnen und Schüler zu schützen. Grünen-Chef Robert Habeck brachte den Stein ins Rollen. „Ich halte es für richtig, wenn die Weihnachtsferien in den Ländern, wo die Inzidenzen sehr hoch sind, vorgezogen werden“, sagte er im ZDF-Morgenmagazin.

Das Bundesverfassungsgericht hatte zuvor dem designierten Justizminister Marco Buschmann (FDP) indirekt die erste Schlappe noch vor dem offiziellen Amtseintritt eingebracht. Das Karlsruher Gericht erklärte die 2020 erlassenen Kontaktbeschränkungen und Ausgangssperren 2020 für rechtmäßig. Die Grundrechtseingriffe seien durch „überragend wichtige Gemeinwohlbelange“ gerechtfertigt gewesen, teilte das Karlsruher Gericht mit. (Az. 1 BvR 781/21 u.a.)

→ Zeitgeschehen und Bayern

CO₂-Ausstoß in der EU sinkt

Emissionen niedriger als vor Corona

BRÜSSEL Nach dem Einbruch von Treibhausgas-Emissionen während der Corona-Pandemie wird in der EU immer noch weniger klimaschädliches Kohlendioxid (CO₂) ausgestoßen als vor dem Ausbruch des Virus. Das geht aus neuen Daten hervor, die die Statistikbehörde Eurostat am Montag veröffentlichte. Demnach wurden im zweiten Quartal 2021 rund 867 Millionen Tonnen CO₂ und andere Treibhausgase in der EU ausgestoßen – in den zehn Jahren vor der Pandemie war ein Quartalswert nie kleiner. Trotzdem handele es sich um ein Plus von 18 Prozent im Vergleich zum zweiten Quartal 2020. Der Anstieg sei dem wirtschaftlichen Aufschwung zuzuschreiben, schrieb Eurostat. Zwischen April und Juni 2020 erreichten die Emissionen mit rund 735 Millionen Tonnen Kohlendioxidäquivalent demnach einen Tiefpunkt, da die Wirtschaft während der Corona-Pandemie heruntergefahren wurde. Es ist laut der Mitteilung von Eurostat das erste Mal, dass die Behörde vierteljährliche Daten zu Treibhausgas-Emissionen veröffentlicht und diese nach Sektoren aufschlüsselt. Die Bereiche Industrie und Bau waren für die meisten Emissionen verantwortlich – 34 Prozent im zweiten Quartal dieses Jahres –, gefolgt von der Stromversorgung (19 Prozent) und der Landwirtschaft (14 Prozent). (DPA)

Unterm Strich

„Dinner for one“ in der Realität

Von **FRANK WEICHHAN**

Was der Dezember bringt? Hier vorab die Schlagzeilen der kommenden Wochen. Wissenschaftler entdecken ein physikalisches Phänomen: Im Winter bestehen Frauen zu 90 Prozent aus Kleidung. Die nächsten Kontakt-Beschränkungen drohen: „Dinner for one“ könnte an Weihnachten wieder Realität werden. Laut einer Umfrage wollen zwei von drei Deutschen in der dunklen Jahreszeit früher ins Bett gehen – sind aber zu faul, vom Sofa aufzustehen. Erste Fake-News des Monats: Erfinder des Weihnachtsbaumes war Johann Gottlieb

Fichte. Zum erwärmenden Wort des Monats gewählt wird: ofenwarm. Zweite Fake-News des Monats: Der wirkliche Erfinder des Weihnachtsbaums war selbstverständlich Hans Holzfäller, besser bekannt als der alte Holzmichl. Die Bundesregierung stellt klar: Sollte tatsächlich ein weiterer Lockdown kommen, dürfen trotzdem weiterhin die Türchen am Adventskalender aufgemacht werden. Neues von der Gender-Front: Hänself ist ab sofort nur noch gestattet, wenn gleichzeitig auch gegre-

telt wird. Die Impf-Prämie wird erhöht: Zur Gratis-Bratwurst gibt es jetzt auch Senf dazu. Darf nicht wahr sein: Die Ampelkoalition überrascht mit der Ankündigung, ein Ministerium für Dauermeckern zu schaffen. Zum beliebtesten Satz des Monats gewählt wird: „Wir wollten uns doch nichts schenken!“ Knapp dahinter landet „Vorsicht, Baum kippt!“ Brandneue Vorschrift: Burn-out wird bei Adventskerzen nicht mehr als Berufskrankheit anerkannt. Ungeklärt bleibt auch an Weihnachten, warum das Wort Advent ausgerechnet in Fahrradventil steckt.

ANZEIGE

20% auf TV-Sets Hören in HD Qualität

Aktionswochen: 24.11. - 31.12.2021

HUTH & DICKERT
Hörakustik Meisterbetrieb
KOMPETENZ IN HÖREN

WÜ-Stadtmitte · Eichhornstraße 2a · Tel. 09 31 / 1 44 74
Weitere Filialen: Höchberg | Ochsenfurt | WÜ-Heuchelhof | Rimpfard
NEU in Gerolzhofen · Rügshöfer Straße 7 · Tel. 09 38 2 / 3 17 77 66

kontakt@huth-dickert.de www.huth-dickert.de

seit über 25 Jahren